

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der unfrühten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich 32. 1.00. Quartal 35 Pf. Postanweisung Nr. 40000 4. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierteljährliche Verträge oder deren Raum 15 Pf., für Verlautbarungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., anderweitige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 39.

Wittwoch den 15. Februar 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“)

Berlin, den 13. Februar 1899.

Im Reichstag wurde heute die erste Lesung des Invaliditätsgesetzes begonnen. Die Vorlage enthält wesentliche Änderungen des bestehenden Zustandes. Eine Hauptänderung liegt in der Errichtung der örtlichen Rentenstellen, ein aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehendes Schiedsgericht, das über den Bezug der Invalidenrenten entscheiden soll. Dieser Verbesserung steht aber die Verschlechterung gegenüber, daß die segensreiche Thätigkeit des Reichsversicherungsamts, das bisher als oberste Berufungsinstanz fungierte, aufgehoben wird. Weiter soll die Invaliditätsrente erhöht werden und schließlich sollen die Ueberschüsse der Versicherungsanstalten der industriellen Bezirke den mit Defizit oder ganz geringen Ueberschüssen arbeitenden Versicherungsanstalten der agrarischen Bezirke zum Theil überwiesen werden. Man will den Agrariern wieder eine Liebesgabe zukommen lassen, denn diese müßten sonst höhere Beiträge zahlen und daß würde unter den „Nothleidenden“ zur Rebellion führen. Viel Interesse scheint im Hause für die ganze Vorlage nicht vorhanden zu sein, denn der Sitzungssaal war während der ganzen Sessionsdauer kaum so leer wie heute. Allerdings muß der Beginn der agrarischen Woche mit in Rechnung gestellt werden. Die Rechte fehlte fast gänzlich, sie hatte im Circus Wust ja auch viel wichtigere Dinge zu thun.

Staatssekretär Bosadowsky gab sich in einer längeren Begründungsrede verweirte Mühe, die Änderungen, die die Vorlage gegen das bisherige Gesetz vorsieht, sämtlich als Verbesserungen anzupreisen. Aber gleich der erste Redner aus dem Hause, der freisinnige Abg. Schmidt, spuckte ihm sozusagen in die Suppe. Er erklärte die Ueberschussvertheilung zu Gunsten der Agrarier für unannehmbar und den gleichen Standpunkt vertrat auch Herr Pize; nur Herr v. Nitzthosen, der die Wünsche der Konservativen vertrat, war mit der Vorlage einverstanden. „Die Vorlage muß unbedingt Gesetz werden“, so diktierte er. Er wird sich aber voraussichtlich bescheiden müssen, denn außer den genannten Vertretern der freisinnigen und Centrumspartei sprach sich auch unser Genosse Wollenduhre scharf ablehnend aus. Er führte der Regierung den Nachweis ihrer agrarischen Liebesgabenpolitik auch bei diesem Gesetze und griff die Agrarier wegen ihrer arbeiterscheulichen Gesinnung, wie sie erst in den letzten Tagen im Abgeordnetenhause so kraß zum Ausdruck gekommen ist, heftig an. Er verlangte vollständige Gleichstellung der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter und Einbeziehung der letzteren unter das Krankenkassengesetz. Wie die Vorlage jetzt aussieht, kann sie nur den Erfolg haben, daß die Agrarier sowohl Invalidengelder wie Krankengelder sparen und mit diesen agrarischen Kräften ist das Gesetz für unsere Partei unannehmbar. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

31. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf v. Bosadowsky.

Zunächst wird die Vereinbarung zwischen dem deutschen Reich und Peru betr. die Stellung der deutschen Konsuln in Peru und der peruanischen Konsuln in Deutschland in erster und zweiter Lesung debattirt und genehmigt. Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Invalidenversicherungsgesetzes.

Staatssekretär Graf von Bosadowsky: Die Vorlage ist für die wichtig, welche die Kosten der sozialen Gesetzgebung zu tragen haben, aber auch für die, denen ihre Vorteile zufallen. Die Debatte über die einzelnen Punkte geht eigentlich in die Kommission; ich will hier nur auf einige besonders wichtige Punkte eingehen. Es ist der Vorschlag gemacht worden, die Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung in einer Organisation mit einander zu verbinden. Ich halte diese Forderung theoretisch für ganz berechtigt, praktisch aber für unausführbar. Die Dezentralisation ist die Vorbedingung für eine günstige Entwicklung dieser Zweige der sozialpolitischen Gesetzgebung. Die Vorlage kommt derselben durch die Schaffung örtlicher Rentenstellen entgegen. Bisher hat der betr. Arbeiter bei Festsetzung der Rente ein ärztliches Attest bei der Gemeindebehörde einreichen müssen, die dasselbe dann mit einem Gutachten ihrerseits an die nächste Versicherungsanstalt weiter gab, deren Vorsteher auf Grund der Akten bestimmte, ob die Rente zu gewähren sei; die Entscheidung lag also in der Hand des Arztes, der das Attest ausstellte. Der Arbeiter konnte sich, wenn die Rente nicht gewährt wurde, an das Schiedsgericht wenden. Erhält er dann nach monatelangem Warten die Rente zugesichert, so glaubt er meist, er habe endlich ein Recht erstritten,

das ihm monatelang vorenthalten worden sei. Damit wird aber gerade das Gegentheil von dem erzielt, was die sozialpolitische Gesetzgebung bezwecken soll; nämlich, daß der Arbeiter die Entschädigung hat, eine Wohlthat vom Staat zu erhalten. Durch die Vorlage sollen nun also die örtlichen Rentenstellen geschaffen werden, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig vertreten sein sollen. Das Gehalt des Arbeiters soll mündlich entgegen genommen, er selbst vom Arzt vielleicht an Ort und Stelle untersucht werden; und danach soll das Gutachten an die Versicherungsanstalt abgehen, ob die Rente zu zahlen sei oder nicht. Die Versicherungsanstalten werden dadurch nicht zu bloßen Kassstellen, wie behauptet wurde. Man muß sich bei jeder Organisation fragen, wie ihr Zweck am besten erreicht wird; der Zweck darf sich aber nicht nach der Organisation der Behörden richten. (Sehr gut! links.) Es ist auch behauptet worden, die obere Instanz habe dann gar nichts mehr zu entscheiden, da durch das Gutachten der Rentenstelle schon Alles festgelegt würde. Ich gebe das zu, bin aber der Ansicht, daß die Rentenstelle die Sachlage am allerbesten beurtheilen können wird. Ich glaube auch nicht, daß sich die Arbeitgeber scheuen würden, ihre von der des Arbeitnehmers abweichende Meinung auszusprechen mit Rücksicht auf die übrige Arbeiterbevölkerung. Das hätte man auch gegen die jetzt bestehenden Schiedsgerichte einwenden können; es ist jedoch nicht geschehen. Während jetzt der Rentenanspruch der Arbeiter beim Schiedsgerichte ist, wird in Zukunft die Versicherungsanstalt diese Rolle übernehmen, das bietet erhebliche Vortheile nach beiden Richtungen hin. Die Bureaubeamten der Rentenstellen werden sich in die Materie derartig einarbeiten, daß sich die Arbeiter bei stets am besten Rath holen können. Auch die Kontrollen sind da ganz anders und viel wirksamer durchgeführt werden können. Die Kosten hat man wohl etwas übertrieben dargestellt. Von dem Personal der Versicherungsanstalten wird ein großer Theil frei und in den Rentenstellen angestellt werden. Durch eine allseitige sozialpolitische Aufzucht arbeiten wir der Sozialdemokratie am besten entgegen und beseitigen die Ursachen von Streiks. Die berechtigten Forderungen der Arbeiter müssen berücksichtigt werden. Der Staat braucht auch diesen Einfluß auf die Arbeiter. Die örtlichen Verwaltungsstellen bilden einen wesentlichen Faktor für die Stellung der Staatsverwaltung den Arbeitern gegenüber. Hierdurch wird den Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht Vorstoß geliefert, sondern die Autorität und der Einfluß der staatlichen Beamten wird gestärkt. Was den Vermögensausgleich betrifft, so glaube ich, wenn wir ihn nicht herbeiführen, dann werden einige Anstalten ihre Beiträge verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, und Andere werden sie herabsetzen. Das würde dem Sinn des Reichsgesetzes strikte widersprechen. Die Beiträge sind das Vermögen des Staates, nicht der Versicherungsanstalten. Es liegt ein innerer Widerspruch darin, daß wir die Freiwilligkeit aufrecht erhalten und die Landbesteller, die unter der Freiwilligkeit leiden, dafür noch streafen sollen, indem wir den Versicherten dort höhere Beiträge auferlegen. Dadurch verjagt man die Leute aus diesen Gegenden und vergrößert die Rentenoth dort. Die Frage des Vermögensausgleichs muß jetzt gelöst werden. Selbst, wenn die Ueberschüsse der reicheren Anstalten mit Genehmigung des Bundesraths für die anderen verwendet werden dürfen, so wäre das ein ganz unzureichender Nothbehelf. Was das Markenlohn betrifft, so habe ich bisher noch keinen praktischen Vorschlag gehört, der es überflüssig machte. Ein System der Lizenzen ist bei Wanderarbeitern unmöglich. Wir sind bei der Ausarbeitung der Novelle den Weg gegangen, den Fürst Bismarck einst für die sozialpolitische Gesetzgebung vorgezeichnet hat: das heißt dem Arbeiter soll die Ersitzung gesichert werden, so daß er die christliche Hilfsbereitschaft und die Wohlthaten des Staates für sich und seine Interessen fühlt, und in dem Sinne, daß dabei die Macht des Staatsgedankens wächst. (Beifall.)

Schmidt (F.P.): Jede Versicherungsthätigkeit, auch die staatliche, muß durch ihre Einnahmen die Ausgaben decken können. Der Vermögensausgleich giebt zu den schwersten Bedenken Anlaß. Der sozialpolitischen Seite der Sache ist man ja ohnehin bereits nachgekommen, z. B. durch Reichszuschuß. Die verschiedene Altersgruppenprämie kommt später weniger in Betracht. Eigentlich ist es doch nur Opreußen, das die Mittel für seine Versicherung nicht selber aufbringen kann. Eine anderweitige Vertheilung des Reichszuschusses würde da wohl zur Verringerung dieses Mißverhältnisses beitragen. Was die Vereinigung der Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung in einer Organisation anlangt, so halte ich diese ebenfalls für unmöglich. Eine gewisse Vereinigung der Unfall- und der Invaliditätsversicherung in eine Organisation wäre indes sehr erwünscht, da sich diese Gebiete oft sehr nahe berühren. Redner beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Pize (Z.): Der vorliegende Entwurf ist das einzige der sozialpolitischen Gesetze, gegen das sich die große Majorität des Centrums bisher ausgesprochen hat. Wir wollten es zunächst auf die industriellen Arbeiter beschränkt wissen. Der landwirtschaftliche Arbeiter besitzt meist ein kleines Eigenthum; und wenn er invalide wird, sorgen die Kinder für ihn. Ebenso waren wir gegen die Einbeziehung der Handwerker, Kaufleute und Dienstboten und werden jetzt ev. in der Kommission einen Antrag auf Auscheidung der betr. Personen stellen. Ich komme damit auf die verschiedene Belastung der Versicherungsanstalten in industriellen und landwirtschaftlichen Gebieten. Es muß der Grundsatz festgehalten werden, daß, wer mehr Beiträge bezahlt, auch mehr Renten beziehen muß. Ein Ausgleich muß herbeigeführt werden, aber nicht auf dem Wege der Vorlage. Die Versicherungsanstalten besitzen das Vermögen auf Grund des bestehenden Gesetzes, und es kann ihnen nicht so ohne Weiteres genommen werden. (Sehr richtig!) Die organische Verbindung der Krankenversicherung mit der Invaliditätsversicherung und die Erhöhung der Invalidenrente in den ersten Jahren, sowie die Einrichtung der örtlichen Rentenstellen begrüßen wir freudig. Schließlich möchte ich noch für die möglichst baldige Einführung der Wittwen- und Waisenversicherung ein warmes Wort einlegen, die auch die Sympathie für die Vorlage bedeutend vermehren würde. Sie ist wichtiger als die Herabsetzung der Altersgrenze. (Sehr richtig! links.)

Fehr, von Nitzthosen (Z.): Auch wir würden uns sehr über die Einführung der Wittwen- und Waisenversicherung freuen;

aber die Mittel dazu sind nicht vorhanden. Die Vorlage muß Gesetz werden, und deshalb bedauern wir sehr, daß sie mit einigen zu weit gehenden Forderungen belastet ist; dazu rechnen wir vor allem die Einrichtung der örtlichen Rentenstellen. Dringend notwendig war ein Ausgleich zwischen den Anstalten, die dem Ruin entgegen gehen und denen, die Ueberschuß an Kapital haben. Wir wollen das Versicherungsprinzip selber nicht aufgeben, es vielmehr zur Grundlage der Kommissionsberatung machen. Ein Theil von uns will die Versicherungspflicht einschränken. Doch die Landarbeiter gänzlich anzuschließen, das halte ich in sozialer Hinsicht für unmöglich. Die Vorlage giebt eine treffliche Grundlage für die Kommissionsberatung; es sind einige gute Maßnahmen darin enthalten, die ich im Einzelnen nicht berühren will.

Wollenduhre (Z.): Die Versicherungsgesetzgebung wird einmal wirkliche Versicherungszwecke und dann die Ausbühnung sozialen Unternehmern und Arbeitern erzielen. Wenn eine Sache zwei Zwecken dienen soll, so ist es ein mißliches Ding; diesen Mißstand zeigt auch die Vorlage. Vielleicht hat man es ausgegeben, die Industriearbeiter mit den Unternehmern ausbühnen zu wollen; dafür sucht man hier die Agrarier mit der Regierung zu verführen. Die Begründung der Vorlage stellt es als große Katastrophe hin, daß einzelne Versicherungsanstalten so kolossale Summen aufweisen. Ich sehe in dem Vorhandensein mächtiger Geldsummen keinen so großen Uebelstand. Man könnte mit dem vorhandenen Geld sehr viel Gutes erreichen und manche Fehler des alten Gesetzes damit beseitigen. Nur müßte dann ein anderer Weg eingeschlagen werden, als ihn die Vorlage nimmt. Ich erkenne gern an, daß das neue Gesetz einige Verbesserungen bringt, z. B. die Verkürzung der Karenzzeit. Eine weitere Verbesserung liegt auch im § 10, wonach zur Erlangung der Invalidenrente nicht mehr die dauernde Erwerbsunfähigkeit während eines Jahres, sondern nur während 26 Wochen gefordert wird. Noch besser wäre es freilich, den Zeitraum im Anschluß an das Krankenkassengesetz auf 13 Wochen herabzusetzen oder das Krankenkassengesetz entsprechend auszubauen. Eine Verbesserung ist es auch, daß der Ertrag für die gezahlten Beiträge an Hinterbliebene verstorbenen Frauen ausgezahlt werden soll. Man hätte aber auch den Leuten ihre Beiträge zurückzahlen sollen, die invalid werden, bevor sie in den Genuß der Rente gelangen. Vielleicht ist es auch eine Verbesserung, daß man eine Erhöhung der Grundbeiträge der Rente vorgeschlagen hat, weil dadurch eine vorläufige Erhöhung der Rente stattfindet mit alleiniger Ausnahme der Altersrente für die erste Klasse, die jetzt neben dem Grundbeitrag der Rente von 60 M., Reichszuschuß von 54 M. und einem Steigerungsfuß von 48 M. wird, wird in Zukunft der Steigerungsfuß fortfallen. Hier wird also ein direkter Rentenabzug vorgeschlagen. Dasselbe tritt aber ein bei den vorgeschlagenen Steigerungsfuß der Invalidenrente. Empfiehlt man die hohen Summen, die angesammelt werden, als Skandalität, dann sollte man doch nicht mit Absicht vorgehen, sondern die Steigerungsfuß mindestens verdoppeln. Dann würde diejenige Rentenhöhe zu erreichen sein, die sonst erreicht worden ist. Nun sollen zwar die Mathematiker ausgerechnet haben, daß, wenn man am Anfang die Rente erhöht, sie dann in den späteren Jahren entsprechend erwidrigt werden muß, wenn man mit den Beiträgen auskommen will. Aber auf die Berechnungen der Mathematiker gebe ich nicht viel, weil sie hier auf einem ihnen ganz unbekanntem Gebiet arbeiten. Nun sollen die Beiträge neu regulirt werden, und zwar beginnt da gleich die Liebesgabe, welche man der Landwirtschaft zuwenden will. Vielleicht ist ein bestimmter Einheitsfuß das Richtige. Aber die Herabsetzung des Beitrags für die erste und zweite Klasse wird die Vorlage gerade der Versicherungsanstalten, die sich gegenwärtig bereits in einer Nothlage befinden, noch mehr verschärfen. (Sehr richtig!) Es würde für die ostpreussische Versicherungsanstalt einen Anschlag von 10 pCt. und für die niederbayerische einen von 15,17 Prozent ihrer Einnahmen bedeuten. (Dort, hört! links.) Ferner ist der Vorschlag der Rentenstellen im Gesetz gemacht worden, der von dem Herrn Staatssekretär mit großer Begünstigung vertreten wurde. Die Konkurrenz dieser Rentenstellen gegen die sogenannten Arbeitersekretariate fürchten wir durchaus nicht. (Sehr richtig!) bei den Sozialdem. Wir wünschen im Gegentheil, daß die Regierung sich so viel wie möglich Kenntniß über die tatsächliche Lage der arbeitenden Klassen verschafft, weil sie auch innerhalb des Rahmens der heutigen Gesellschaft manche Verbesserungen treffen könnte, wenn sie die Natur der Uebelstände kennen lernt. Doch, daß die Regierungen heute zu wenig davon kennen, kommt es wohl, daß sie gleich mit Zuchtstaus und ähnlichen Mitteln die sozialen Uebel bekämpfen. (Sehr richtig!) Weiter werden auch die Rentenstellen ganz bürokratisch geleitet werden. Der Vorsitzende ist ein Staatsbeamter, das Wahlrecht, die Weisung, haben allein die Vorstände der Krankenkassen. Die kleinste Betriebs- und Innungsklasse hat genau dasselbe Recht wie die größte Ortskrankenkasse. Weshalb greift man nicht zu dem Wahlrecht, das bei den Gewerbegerichten gilt? Die örtlichen Rentenstellen sollten auch bei der Unfallversicherung die Renten feststellen. (Sehr richtig!) So unbedeutend werden die Kosten dieser Neuerrichtung übrigens nicht sein. Bei 1000 Rentenstellen sind sie auf 5 Millionen zu berechnen, die an den gegenwärtigen Verwaltungsausgaben nicht zu ersparen sind. Sparen werden nur die unteren Verwaltungsbehörden und die großen Gemeinden, die jetzt besondere Bureaus für den Versicherungsdienst eingerichtet haben. Man erhofft von den örtlichen Rentenstellen, mit denen wir einverstanden sind, daß die Beiträge besser eingehen werden, giebt also zu, daß jetzt gemogelt wird. Das geschieht besonders auf dem platten Lande. Hoffentlich haben die Rentenstellen die gehörige Energie auch dort, wo die Gutsbesitzer selbst Obrigkeit sind. Daß man die Selbstversicherung der Arbeiter durch Vertrag zulassen will, ist doch ganz unstreitig eine bedeutende Verschlechterung des Gesetzes. Ganz gut ist es auch, daß man das Verfahren etwas energischer in Angriff nehmen will. Aber hier sind gleich eine Menge Bestimmungen eingeschaltet, die sehr wenig Wohlwollen für die Arbeiterklasse beweisen. Durch § 33 z. B. wird bestimmt, daß der Invalidenrentenempfänger ein Heilverfahren über sich ergehen lassen muß, sobald die Anstalt dies verlangt, sonst verliert er die Rente. Geht man etwa so rigoros auch gegen den aus dem

Dienst geschiedenen General vor, daß man ihm sagt, du verließst deine Pension, wenn du nicht in die Heilanstalt gehst? ... Ferner steht der Entwurf wieder eine Verschärfung des Strafgesetzes vor: Diejenigen, die sich die Invalideität bei Begehung einer vorsätzlichen Straftat angezogen haben, sollen nicht in den Genuss der Rente kommen. — Nun die Hauptfrage: nach Theilen. Und macht man den Vorwurf, wir wollten theilen, und nun will die Regierung die von den Arbeitern ausgebrachten Vermögensansammlungen theilen. Wo es sich um die Arbeitervermögen handelt, ist man eben nicht so penibel, da heißt es: geht einmal 10 Prozent Courz Geldes her, wir brauchen sie zum Ausgleich, wo ein Nothstand vorhanden ist. — Auch durch Einlegen der Versicherungspflicht will man den Agrariern möglichst entgegenkommen. Man will jetzt alle die ausschließen, die nicht mehr als 12 Wochen regelmäßig Lohnarbeit verrichten: dadurch würden die Einkünfte auf den abeligen Mittern zum großen Theil ausbleiben. Auch alle Ausländer sollen aus der Versicherung ausbleiben, die nur zu einer bestimmten Jahreszeit eingeleistet werden. Dadurch wird freilich den Herren im Osten das Leben ganz erheblich erleichtert. Wir aber haben keine Veranlassung zu einer besonderen Liebeshandlung an die Agrarier. Die Bevorzugung der ausländischen Arbeiter benachteiligt natürlich die heimischen, für die der Gutbesitzer stehen muß und die ihm deshalb weniger willkommen sind. Alle diese Maßregeln werden lediglich zu dem Zweck empfohlen, um der nothleidenden Landwirtschaft zu helfen. Man hat doch eigenenthümliche Begriffe davon, weshalb die Leute vom Lande fortgehen. Einmal soll die Vergütungspflicht schuld daran sein. Was haben aber die armen Erbsenarbeiter, wenn sie in die Stadt gehen? Die Gewinne, die der Student, der Offizier, der nothleidende Agrarier bei großen Zinsvorschiebungen sich verschafft (Großer Lärm rechts), die existieren für den Arbeiter nicht. Die Arbeiter führen in der Stadt ein ebenso trübseliges Leben wie auf dem entlegensten Dorfe Süddeutschens. Es ist vielmehr die Ungleichheit in geistlicher Hinsicht, die die Landarbeiter forscht, sie haben keine Krankenversicherung. Freilich jetzt will man ihnen ja eine solche verschaffen, aber, indem man die Kosten, etwa 30—35 Millionen, auf die Invalidenlasten abwälzt. Das dünnte ihnen so passen, daß die industriellen Arbeiter die Krankenversicherung für die Landarbeiter tragen! Die Ungleichheit zwischen Landarbeitern und industriellen Arbeitern ist vielmehr eine Ursache der Landflucht. Die Grundbesitzer können eben nicht begreifen, daß die Verbeigenschaft bereits aufgehoben ist. (Große Unruhe rechts.) Hat nicht vor einigen Tagen Herr von Korn im preussischen Landtage für Minderjährige die Prügelstrafe empfohlen (Großer Lärm rechts). Was hätte wohl Herr von Korn dazu gesagt, wenn er als 20jähriger Student, sobald er seine Schulden nicht bezahlt hätte, hätte Prügel bekommen sollen? (Erneuter Lärm rechts). Ansprüche, wie die des Herrn Korn, charakterisiren die ganze Denkart und Handlungsweise dieser Herren. Wie wäre es sonst zu erklären, daß Sie es fertig gebracht haben, die Arbeiter massenweise aus dem Dienste wegzuführen, der eigentlich für sie sonst der Schatz ist? (Sehr richtig!) bei den Soz., Großer Lärm rechts, anhaltend. Redner, unbestimmt. Unrechtlich ist doch die Landarbeit eine der besten und gesundesten Arbeiten. Die Arbeiter würden aber die Arbeit in der dumpfen Fabrik nicht vorziehen, wenn nicht andere Ursachen vorhanden wären! (Sehr richtig!) b. d. Soz.) Nun fragt es sich: kann die Landwirtschaft die Krankenversicherung tragen? Ich meine: recht gut, ebenso gut wie die Industrie, welche für die Krankenversicherung 20 Mill., für die Unfallversicherung 18 Mill., für die Invaliditätsversicherung 16 Mill. aufwenden muß. Das sind im Ganzen 54 Mill., die gar nicht so schwer auszufüllen sind, wenn man bedenkt, daß die Landwirtschaft 47 Millionen als Prämienprämie, 27 Millionen als Prämienprämie als Liebeshandlung erhält. Wie sind auch für ein vernünftiges Alter, welches rechtzeitig eingreifen muß. Wenn nun die ländlichen Arbeiter ebenso wie die industriellen unter das Krankenversicherungsgesetz gestellt werden, so wird auch auf dem Lande eine vernünftige Krankenversicherung Platz greifen können, und die Invaliditätsversicherung wird dann zweifellos herabgemindert werden. Deshalb ist es nöthig, daß mit dieser Novelle eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz verbunden wird, welche die Ausdehnung dieses Gesetzes auf die ländlichen Arbeiter vorseht, und außerdem die Vertheilung in der Krankenkasse bezahlet wird, verlängert. Ob das Gesetz alle agrarischen Wünsche befriedigen wird, ist mir zweifelhaft. Sicherlich wird es in industriellen Kreisen große Erbitterung hervorrufen. Für eine Reform der Versicherung sind auch wir. Wenn aber dieser Novelle nicht die agrarischen Kräfte beschnitten werden, müssen wir gegen das Gesetz stimmen. Wegen der Ungleichheit sind wir nicht, der die besondere Belastung der einzelnen Klassen auf Grund der verschiedenen Altersklassen festlegen will. Aber wir verlangen für diese Entlastung die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherungsgesetzgebung. Landarbeiter und Industriearbeiter sollen die gleichen Rechte haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die Weiterberatung wird auf Dienstag, 1 Uhr, vertagt. Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Leutenoth. Das Abgeordnetenhaus setzte Freitag und Sonnabend die Besprechung der Interpellation Szmulä über die ländliche Arbeiternoth in Verbindung mit einem konservativen und freikonservativen, dasselbe Thema behandelnden Antrage fort. Beide Anträge fordern von der Regierung gesetzgeberische und Verwaltungsmaßregeln, insbesondere die Einführung der Konzeptionspflicht für Gesindemütter, schärfere Bestrafung des Kontraktbruchs, anderweitige Festsetzung der Schulzeiten auf dem platten Lande, Maßnahmen gegen die stetig zunehmende Verrohung und den sittlichen Niedergang der Minderjährigen sowie zur Kräftigung und Stärkung der elterlichen Gewalt, die möglichste Verminderung der Beschäftigung von Arbeitern seitens der Staatsbetriebe während der Erntezeit, Aenderung der Armengesetzgebung, planmäßige Ansiedelung von mittleren und kleinen Landwirthen. Der konservative Antrag verlangt außerdem noch Einschränkung des bisherigen Verfahrens, „den Arbeitsmarkt durch Gewährung von Extrazügen und besonderen Tarifverbilligungen zu Gunsten der Großstädte und Industriezentren auf weite Entfernungen und zum Nachtheil der Landwirtschaft künstlich zu verschieben,“ sowie „den schleimigen Abschluß der von der Regierung in Aussicht gestellten Erwägung betreffend die Befreiung von Auswüchsen des Rechts auf Freizügigkeit, wobei auf eine entsprechende Beschränkung der Freizügigkeit minderjähriger Personen unter 18 Jahren Rücksicht zu nehmen ist.“ Weiter fordern die Agrarier eine Aenderung des Gesetzes über den Unterstufungswohnort zur Erleichterung der Verpflichtungen der Wohnortsgemeinde und vor allem die Erweiterung der Zulassung ausländischer Arbeiter.

Nun klein ist der agrarische Wunschzettel nicht. Die

Herren verlangen nicht mehr und nicht weniger, als daß sämtliche Staatsverwaltungen ihnen zu Diensten stehen, gleichviel ob darunter die Förderung wichtiger Kulturaufgaben noch mehr vernachlässigt wird, als es heute schon in Preußen der Fall ist. Aber die Agrarier wissen sehr wohl, daß die Regierung ihre Wünsche gern erfüllt, und sie werden aus der am Freitag gehaltenen Rede ihres Vorners Dr. v. Miquel von Neuem die Bestätigung entnommen haben, daß ihr Verlangen wieder blüht. So agrarisch hat Miquel lange nicht gesprochen, obgleich er es doch auch in seinen sonstigen Reden an Schneideleien für seine Freunde nicht fehlen läßt. Und wie Miquel, so sind auch die übrigen Ressortminister bereit, die Interessen der Allgemeinheit den agrarischen Sonderinteressen zu opfern. Sogar der Kultusminister Dr. Boffe ließ erklären, daß er seine Hand dazu bieten wolle, den Wunsch der Agrarier auf anderweitige Festsetzung des Volksschulunterrichts zu erfüllen. Die Einschränkung, daß darunter die allgemeine Volksbildung nicht leiden dürfe, ist schwerlich ernstlich zu nehmen, denn es ist ja ein offenes Geheimniß, daß schon heute die Schulkinder auf dem Lande leider nur allzu häufig den Unterricht vermissen mußten, um dem „gnädigen Herrn“ ihre Zeit und Kraft zu opfern. In der Diskussion wurde von Konservativen und Zentrum Agrariern um die Wette gemurmelt über die zunehmende Verrohung der Jugend, die Vergnügungssucht, die Freizügigkeit und all die andern modernen Erregungsmomente, die nach Ansicht der Agrarier die Ursache des Nothstandes sind. Ein konservativer Redner, Herr v. Korn-Nudelsdorf verließ sich sogar dazu, die Wiedereinführung der Prügelstrafe für Minderjährige zu empfehlen und energisch Front zu machen gegen die „Humanitätsbuberei“. Und dann wundern sich die Herren noch, daß es Arbeitern bei ihnen nicht gefällt!

Eine gründliche Abrechnung mit der agrarischen Gesellschaft hielt Abg. Dr. Firsch (FvP.), der zwar erst in später Stunde zu Worte kam, aber doch das Ganze durch seine treffenden Ausführungen zu fesseln verstand. Vergebens bemühten sich die Junker, ihn durch unartikulierte Zwischenrufe und an gewisse Thierlaute erinnerndes Gebüll fortgesetzt zu unterbrechen. Die Hiebe, die er ihnen austheilte, sahen. Am Sonnabend wurde nach Erledigung einiger kleineren Etats die Debatte über die Leutenoth mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt. Nachdem ein schlesischer Pfarrer Hobeisel eine entzückte Schilderung des Lebens der Landarbeiter entworfen, dabei aber auch der Schule einige Seitenhiebe verjagt hatte, nahm der Ministerialdirektor Kügler das Wort, um formell gegen diese Ausführungen des schlesischen Ultramontanen, sachlich aber gegen die Freitag-Nachrede des Ministers von Hammerstein zu polemisieren. Setzen sind einem preussischen Minister von einem Ministerialdirektor solche Wahrheiten gesagt worden wie hier. Herr Kügler wies nach, daß alle die Behauptungen über ungewöhnlichen Unterricht in der Volksschule vollkommen aus der Luft gegriffen seien. Er zeigte, daß die Schulverhältnisse im Osten so traurige sind, daß den Kindern nur das Allernothwendigste beigebracht werden könne. Es seien Halbtagsschulen, und der Unterricht werde im Interesse der Landwirtschaft noch verkürzt. Mit warmen Worten nahm er die Lehrer gegen die Angriffe der Agrarier in Schutz. Die Rechte tobte und lärnte bei den Worten des Herrn Kügler, der das letzte Ueberbleibsel aus der Aera Falk ist und schon lange im Geruche des Liberalismus steht. Die Linke aber klatschte dem tapferen Mann Beifall, der vielleicht seine Stellung auf's Spiel gesetzt hat. Die Rede Dr. Küglers bildete den Höhepunkt der Sitzung. Nach ihm sprach der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, Abg. von Wangenheim. Er brachte ein paar platte Scherze an den Mann, die dem geistigen Tiefstand der Rechten durchaus angemessen waren. Dabei holte er sich, als er den Abg. Firsch beschimpfte, einen Ordnungsruf, den ihm der Vizepräsident von Heeremann erteilte. Auch Herr von Wangenheim schwärmte für die Prügelstrafe. Schließlich zeichnete er, ähnlich wie der Pfarrer Hobeisel, ein Dorfbild. Nach ihm spielten die Kinder der Junker täglich mit den Dorfjähren. Nun wissen wir doch, warum die Junker, wenn sie herangewachsen sind, diese Spiele wenigstens mit der weiblichen Dorfjugend so gern fortsetzen. Von den Nationalliberalen sprach Abg. Dr. Sattler, von der Freisinnigen Vereinigung Dr. Barth. Während Herr Sattler die übliche Schaulpolitik trieb, wies Dr. Barth die agrarischen Unmuthungen zurück. Herr von Miquel fühlte sich bemüht, gegen den Abg. Firsch zu polemisieren. Er suchte die von Herrn Firsch ins Feld geführten Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik in ihrem Werthe herabzusetzen. Der Rest der Debatte war bedeutungslos. Alle Anträge wurden einer besonderen Kommission überwiesen.

Die Bismarckfanatiker und Caprivi. Unsere Leser werden sich noch erinnern, daß unser sachlich gehaltener Bismarck-Nachruf s. Zt. einen hiesigen Bismarckfanatiker so in Wuth versetzt hatte, daß er in den „Lübbeckischen Anzeiger“, der geeignetsten Ablagerungsstätte für derartigen Schutt, Gift und Galle auf uns spie. „Gemeinheit“, „Gehässigkeit“, bewusste Verleumdungen“, so hießen die „schmückenden Beiworte“, die unserem Artikel zu Theil wurden. Daß wir den Streich nicht ruhig hingenommen haben, ist selbstverständlich und auch bekannt. Wir sollen aber heute noch auf die Antwort warten! — Der Tod Caprivis bietet nun Gelegenheit, wieder einmal einen Blick in die Gistküche der Bismarckfanatiker zu thun, und es zeigt sich da, daß an Gesinnungsröheit sich mit den Bismarcknarren Niemand messen kann, selbst Ahlwardt nicht, was doch gewiß viel sagen

will. Während die gesammte Presse mit wenigen Ausnahmen dem geschiedenen Caprivi die Anerkennung gezollt hat, die er verdient, eifert und geifert die Bismarckpresse gegen den Todten. So ist z. B. der Nachruf der „Leipz. Neuest. Nachr.“ eine einzige Sammlung von Schmähungen niedrigster Art. Nur einige Proben:

„Es war ein eigenes Schicksal, daß an dem Tage, an dem ein Bismarck scheiden mußte aus seinem Amte, ein Mann in den Vordergrund trat, der in seinem ganzen Wesen den Gegensatz verkörperte, ein Mann, der die Fleißgewordene Triebkraft darstellte. ... Mit gewaltiger Kraft hat ein Bismarck das Reich erreicht, in jahrelangen Mühen und in unermesslicher Arbeit, Irdenhaftigkeit und gewaltig hat er geschaffen, ungeahnte Wunderthate hat er bezwungen und dort, wo sich seinen Willen das Hinderniß entgegenstellte, hat er es zertrümmert; von guten und schlechten Tugenden, die man nehmen müsse, wie sie kommen, sprach der Vortrager, und wenn ein Sturmwind dahergebraut kam, dann konnte er nicht die breite Brust entgegen, sondern sorglich leate er sich auf den Boden, um gleichmüthig sich zu erheben, wenn der Himmel wieder geklärt war.“

In diesem Stile geht es eine ganze Weile fort, und zum Schluß heißt es dann:

„Caprivi ist todt und er wird begraben werden. Mathematische Erinnerungen steigen aus dem Schachte der Vergangenheit hervor und noch einmal tritt das Bild des Mannes vor unsern Augen, der die Verleumdungen eines Bismarck erlitt durch wählende Kräfte und in den Wiener Erlässen triumphirend die Mär verurtheilte, daß der Adler todt und daß der Spatz sein Erbes erbt. Er ist todt, geruhig wird man es hören, und was auch auf seinem Grabe stehen wird, so wird doch die Wahrheit, die ihm die Geschichte giebt, nur lauten: „Er schrieb die Wiener Erlässe.“

Der Hof und die Besinnungslosigkeit der Bismarckfanatiker, die es dem Grafen Caprivi nicht verzeihen können, daß er die Stärke einzunehmen wagte, die Bismarck innehat, werden durch diese Hinstandbrüche gekennzeichnet.

Herr G. W., der Sie damals den Artikel in den „Lüb. Anz.“ schrieben, was sagen Sie dazu? Wollen Sie sich jetzt nicht auch ein klein wenig sittlich entrichten? Auf einen derartig niedrigen Ton von Besinnungslosigkeit war kein einziger der Artikel gestimmt, die sozialdemokratische Blätter bei dem Tode Bismarcks brachten. Das bringen nur Blätter Ihrer Partei fertig.

In unserem ostasiatischen Pachtgat Mantschon wird bekanntlich eine ungemein starke Garnison unterhalten. Den Berichten „patriotischer“ Blätter zufolge gefällt es den Soldaten dort außerst gut. Demgegenüber kann das „Hamb. Echo“ einen Soldatenbrief mittheilen, welcher die deutsch-sinesische Herrlichkeit in etwas anderer Beleuchtung zeigt. Der Briefschreiber wünscht ausdrücklich die Publikation seiner Mittheilungen. In dem Briefe heißt es:

„Die deutschen Soldaten in China können bei einer Verpflegung von 80 Pf. nicht auskommen. In der (Heimath-)Garnison war unsere Verpflegung 35 Pf., aber bedeutend besser als hier, wo das kilo Fleisch höchstens 24—35 Pf. kostet. Die Soldaten erhalten höchstens 80—90 Gramml! Außerdem wird weiter nichts gelocht als Linsen, Graupen, Reis, Erbsen, Kohl, Pflaumenblöße (letztere Sonntagessen). Dann giebt es einen Speisezettel; der mußte dem Bataillon eingereicht werden, der neue Major verlangte es. Darauf standen die schönsten Gerichte verzeichnet, so daß Einem beim bloßen Lesen das Wasser im Munde zusammenlief. Was wir bekamen nie etwas davon! Dagegen gab es an „guten Tagen“ Mehlsuppe oder veraltene Kartoffelsuppe. Jeden Sonntag sollen die Mannschaften eine Flasche Bier erhalten und allwöchentlich ein oder zwei Mal Schnaps oder Wein. An den ersten zwei Sonntagen erhielten wir Bier, nachher nie wieder.“

Die Auslassungen des Soldaten über die Gründe weswegen die Verpflegung so ungenügend ist, und über das Beschwerderecht veröffentlicht das „Echo“ nicht, weil wir, bemerkt unser Hamburger Parteiorgan, schon Proben von militärischer Unterthänigkeit kennen gelernt haben. Auch wollen wir nicht wiedergeben, was der Soldat über den Verbleib der Liebeshandlungen schreibt; seine Ausdrücke sind etwas drastisch.

Als bemerkenswerthes Faktum sei erwähnt, daß trotz des hohen Verpflegungssatzes und der ungenügenden Verpflegung eine Kompagnie 2800 Mk. Schulden hatte, welche nun von den armen Teufeln eingebracht werden sollen.

„Wir sollen bezahlen, die wir arm sind wie Iob! Dagegen protestiren wir und rufen Eure Hülfe an. Ihr müßt uns helfen, unser Recht zu erkämpfen; wir können unser Recht allein nicht bekommen. Darum sollst Du... diese Beilen der Deffentlichkeit übergeben.“

Beim Kolonialetat wird im Reichstage ja wohl gefragt werden, wie es sich mit der Verpflegung der Besatzungstruppen von Mantschon verhält.

Das Zuchtthaus-Urtheil. In Dresden fand am Donnerstag Abend im großen Saale des „Erianon“ eine Protestversammlung gegen das Zuchtthausurtheil statt. Lange vor Beginn der Versammlung war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt, trotzdem die zahlreich aufgebotene uniformirte und nichtuniformirte Polizei jeden ihr minderjährig scheinenden Besucher zurückwies, indem sie die Versammlung einfach als eine politische betrachtete. Das Referat hatte Genosse Ledebour, welcher über „Die Gewerbekassen und die Rechtszustände in Deutschland“ sprach. Redner erwähnte dabei, daß die Gerichte 1897 über 262 Streikende wegen angeblicher Exzesse insgesamt 47 Jahre 5 Monate Gefängniß und 783 Mk. Geldstrafe verhängten. Diese Thatsache sei bedauerlich. Als Redner nun dieser Gesammthumme das Dresdener Urtheil gegen 11 Angeklagte in nackten Zahlen gegen-

Etwas zur Zollfrage.

Wp. „Schafft neue Absatzquellen, sonst brechen unsere Speicher, unsere Läden unter der sich häufenden Waarenlast zusammen, wir gehen zu Grunde an unserer Ueberfluth“ — dieser Verzweiflungsruf ertönt seit einem Vierteljahrhundert unaufhörlich in aller Welt, wo sich nur das Kapital bewegt. Seit fünf Jahren zeigt der Weltmarkt steigende Zahlen: in jedem Lande steigt die Waarenausfuhr, aber in jedem Lande steigt noch mehr die Waareneinfuhr, und immer von Neuem erhebt sich das Geschrei: „Schafft uns Absatz, oder wir erstickten!“

Nehmen wir die Zahlen für Deutschland. Es betrug in Deutschland in Millionen Mark:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß der Einfuhr
1891	3038,2	2011,5	926,7
1892	3120,7	2317,9	802,8
1893	3307,9	2525,1	782,8
1894	3690,7	2635,9	1054,8
1895	5119,5	3519,6	1599,9

Die deutsche Ausfuhr besteht hauptsächlich aus Fabrikaten, die Einfuhr aus Rohstoffen für die Industrie — eine Steigerung der Einfuhr beweist hier, daß dementsprechend die industrielle Thätigkeit gestiegen ist. Die industrielle Thätigkeit ist offenbar mehr gestiegen, als der Absatz. Selbst dieser kleine Restraum löst erkennen, wie das Kapital erst ängstlich, nun Aufschreie nicht recht traunend, zu Werke ging und mehr sorgte, seine Vorräthe los zu werden, als die Produktion zu vermehren, so daß in den ersten Jahren sogar der Ueberschuß der Einfuhr zurückgeht, wie aber dann das Kapital immer dreister, unternehmender wird, so daß in den letzten zwei Jahren sich der Ueberschuß der Einfuhr beinahe verdoppelt. Es ist interessant, zu vergl. sehen, in welchem Verhältnis die Ausfuhr und in welchem Verhältnis die Einfuhr sich von Jahr zu Jahr verhalten.

Es betrug	Vermehrung der Einfuhr	Vermehrung der Ausfuhr
Von 1885 an 1891	182,5 Proz.	350,4 Proz.
1891 - 1895	220,5	297,2
1895 - 1896	37,5	109,9
1896 - 1897	147,2	111,0

Einfuhr und Ausfuhr machen eine umgekehrte Bewegung durch: während die Vermehrung der Einfuhr nachläßt, sieht man die Einfuhr sich erst recht erheben — es ist klar, daß dadurch das Verhältnis um so schärfer wird. Für unseren jetzigen Zweck genügt es, diese allgemeine Thatsache zu konstatieren: wollte man die Entwicklung genau untersuchen, so müßte man selbstverständlich die ergabreichen Zahlen in Rohstoffe, Lebensmittel, Fabrikate zerlegen.

So hat denn auch der industrielle Aufschwung die Klagen über Absatzschwierigkeiten nicht aus der Welt geschafft. Nur die Eisenindustrie und der Bergbau — also jene Produktionszweige, die wesentlich die Produktions- und Verkehrsmittel, sowie sonstige Hilfsmittel der Industrie liefern bzw. dazu dienen, die Produktion noch mehr zu erweitern — sind mit Ausstrahlen überhäuft; dagegen leidet z. B. die Textil-Industrie, die den Abschluß der Produktion bildet, indem sie eine Waare liefert, die direkt zum Verbrauch in der Haushaltung gekauft wird, an einer förmlichen Absatzkrise. Das heißt aber nicht etwa, daß die Textil-Industrie den Aufschwung

nicht mitgemacht habe: im Jahre 1894 wurden in Deutschland 320 000 Tonnen rohe Baumwolle eingeführt und im Jahre 1898 bereits 420 000 Tonnen, aber die Produktion vermehrte sich eben rascher, als der Absatz.

Die Regierungen als getreue Diener des Kapitals suchen mit aller Macht neue Märkte zu erschließen. Aber kann man denn mehr thun, als was gethan wird, indem Milliarden für Kriegsschiffe ausgegeben werden, die den einzigen Zweck haben, halbwildere Völker mit Gewalt zu nöthigen, europäische Strümpfe zu tragen und Kartoffelknaps zu kaufen; indem menschenmörderische Kriege geführt werden, um die Welt zu erwecken, durch Wägen Eisenbahnen zu führen? Und die Frage bleibt immer ungelöst: Je mehr der Absatz sich erweitert, desto mehr fehlt es an Absatz! Und währenddem man die Waaren aus dem Lande schafft, drängen von allen Seiten Waaren ins Land. Also „Schutz der nationalen Arbeit“: freier Markt im Inlande und Abperrenung des Auslandes. Wer aber ist das „Ausland“? Jedes Land ist dem anderen gegenüber das „Ausland.“ So ist jedes entwickelte kapitalistische Land freihändlerisch und schutzzöllerisch zugleich, und Vll. Negro ist es gleichzeitig in den Händen.

Das ist das Wesen der modernen Schutzpolitik in Europa, soweit es die Industrie betrifft. Nicht um die geringere Konkurrenzfähigkeit bei einem Landes gegenüber dem andern handelt es sich, sondern darum, daß je alle zusammen an Ueberschüssen, folglich an Absatzschwierigkeiten leiden. Wagemutiger ist der kapitalistische Produktionsweise allerdings kein anderer Grund, aber wenn schon wenigstens ein wenig weniger „Merkel“ werden soll, so heißt das nicht in der Abperrenung, folglich im Kampf der Hände, in der Abwehr, denn die Schutzpolitik hat die Welt nicht auf künstlicher Höhe und vermindert in demselben Verhältnis die Nachfrage der Bevölkerung, sondern in der Erweiterung des Marktes, indem man der weltlichen Bevölkerung die Möglichkeit gibt, mehr Waaren zu kaufen. Das heißt der Kapitalist ist genau, wenn er sich nach Ausland handelt. Aber selbst Kapitalist, der sich nach Ausland handelt, will seine Waaren im Inlande billig zu verkaufen, er plant zu Hause den Verbrauch zu erhöhen, und er läßt sich die Kosten nicht gefallen, welche die Staatkraft des Volkes noch vermehren. Abschaffung der Zölle, vor allem der Ueberschutzzölle, nicht ihre Erhöhung, Abschaffung der Verbrauchssteuer, bevor noch Erhöhung der Arbeitslöhne, Verkürzung der Arbeitszeit — das würde der Industrie Europas einen viel mächtigeren Aufschwung geben, als es alle ostindischen und ostafrikanischen Kolonien zu thun vermögen. Denn die Arbeitsbevölkerung Europas entwickelt doch schon viel mannigfaltigere und komplizirtere Bedürfnisse, deren Befriedigung eine viel größere Produktionsfähigkeit erfordert, als etwa der ägyptische Pflaster, der seinen wärterten Wams auf Kinder und Kinderkinder verleiht, mit einem schmerzlichen Lächeln als Wohnung zufrieden ist und weiter nichts mehr begehrt, als eine handvoll Reis. Doch das heißt zugleich die Ausbeutung einschränken, und das wollen die Herren vom Kapital sich nicht gefallen lassen. Darum verkleinert man die Waarenmengen, welche die fleißigen Arbeiter Europas mit soviel Verstand und Kunstfertigkeit

zugleich in solcher Noth und Mängeligkeit geschaffen haben, an allen Weltenden, um sie nur los zu werden, schmeißt Milliarden zum Fenster hinaus und Milliarden ins Wasser, schreit nach Schutzzöllen und unterhält Polizei und Militär, um denjenigen den Mund stopfen zu können, welche dieses ebenso wahrnehmbare wie volksfeindliche Treiben bei seinem wahren Namen nennen!

Soziales und Partei-Leben.

Achtung, Forme! In Eisen streifen in Folge Maßregelung die Forme der Firma Ständer. Bezug ist heranzubringen.

Die Einführung der Arbeitlosenunterstützung im Metallarbeiter-Verband erscheint so gut als gesichert. Berlin allem schickte 26 bis 27 Anhänger der Arbeitlosenunterstützung auf die Generalversammlung.

Ein Rechtschutzbüro für Unbemittelte will der Berliner Anwaltverein errichten. Der Rechtschutz soll namentlich für das Publikum seitens der Anwälte erfolgen. Die Thätigkeit des Büros soll sowohl tagtäglich in der Nachmittags- und in dem Vormittags von Einwohnern bestehen. Der Schutz soll für Unbemittelte in Anspruch genommen werden. Es ist in's Auge gefaßt, das Büro werktäglich von 10 bis 12 und von 6 bis 10 Uhr geöffnet zu halten, während die Sprechzeit der deputirten Anwälte auf 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr Abends in Aussicht genommen ist. Vom Berliner Anwaltverein soll ein aus fünf Personen bestehender Vorstand gewählt werden. Es wird an die Rechtsanwälte in Berlin und Umgebung das Ersuchen gerichtet, sich alljährlich mindestens für zwei Abende im Jahre zur Rathberathung im Büro zur Verfügung zu stellen. Schon jetzt haben sich fast hundert Rechtsanwälte bereit erklärt, in dem zu errichtenden Rechtschutzbüro thätig zu sein, ja eine nicht unerhebliche Anzahl hat sich erboten, das Büro für zwölf Abende im Jahre zur Verfügung zu stellen.

Zu Guan, einer Ortschaft im rhinischen Kreis Mettmann, wurden bei der Gemeinderaths-Errichtung in der dritten Abteilung nur sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Die Gegner hatten, wegen der Unmöglichkeit eines Sieges, Kandidaten in der dritten Abteilung überhaupt nicht aufgestellt.

Aus einem deutschen Gefängnis. Wegen Verleumdung hatte sich, nach dem „Vorwärts“, am Donnerstag vor dem Schöffengericht in Brandenburg der Klavierfabrikant Kamin aus Berlin zu verantworten, der 1895 bis 1898 in der Strafanstalt in Brandenburg eine Freiheitsstrafe verbüßt hatte und die Behauptung aufgestellt hatte, in der Strafanstalt sei ein Strafgefangener Klane gestorben, weil er in Folge der ihm widerfahrenen Behandlung langsam verhungert sei. Vor dem Untersuchungsrichter gab Kamin eine ausführliche Schilderung des Vorfalles. Danach ist Klane öfter arg mißhandelt worden, so daß er braun und blau anging. Der Mann, der offenbar geisteskrank gewesen sei, habe auch häufig Verleumdungen verübt. Als er schließlich in's Lazareth gekommen wäre, sei er sogar dort von einem Krankenwärter, der deshalb mit Arrest bestraft worden sei, geschlagen worden. Im Lazareth hat der Unglückliche nach Kamins Behauptung

Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

(31. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Zwölftes und letztes Kapitel.

Von welchem der Autor sich wohl hüten wird etwas zu verrathen.

Der Professor Diedrichsen sah noch spät bei seiner Arbeit auf. Er hatte wohl schon ein dutzendmal nach der Uhr geschaut und begann schließlich doch um seinen Vater besorgt zu werden. Um halb zwei Uhr des Nachts schwanke endlich der sonst so solide Musikdirektor in sein Schlafgemach, nachdem er dem erkrankten, kopfschüttelnden Sohne weisgemacht, daß er den Major von Wenzel zufällig auf der Straße getroffen und auf dessen Einladung „ein Glas Wein“ mit ihm getrunken habe. Noch an der Schwelle seines Zimmers blieb er zögernd stehen, ließ einen milden Blick an seinem großen Sohne hinausschweifen und überlegte, ob er nicht auf alle Fälle Hans ins Vertrauen ziehen und mit ihm gemeinsam berathen sollte, was etwa geschehen könnte, um das unglückliche Duell zu verhindern. Aber seinem Hans zu gestehen, welche wunderliche Rolle er in der tollen Komödie dieses Abends gespielt, das kam ihm doch zu sauer an, und außerdem, wenn es ihm allein gelang, morgen früh die Gegener zu verführen, dann war es ja um so besser, wenn Niemand weiter um die Sache wußte. Er wünschte also nochmals recht verlegen gute Nacht und zog sich dann hurtig zurück. Der Vorsicht halber schrieb er sich noch auf einen Merkzettel: Charlottenburg, Liegensee, halb sieben — stellte den Wecker auf fünf Uhr, und verfügte sich dann eiligst in sein Bett.

Als das Werk am nächsten Morgen pünktlich loschnurrte und wie toll auf der Platte des Nachmittags polterte, fuhr Diedrichsen aus den Federn, wie eine Kanonenkugel aus dem Rohre. Er war so schlaftrunken, er hatte keine Ahnung, was

er sich zu thun vorgenommen, nur das dunkle Gefühl, daß es sehr eilig sei. Trotzdem nickte er, auf der Bettkante sitzend, nochmals ein und erwachte erst nach zwanzig Minuten wieder durch einen recht unangenehm zusammenstoß seiner Stirn mit einer Ecke des Nachtschens. Er sah nach der Uhr — der Merkzettel lag daneben. In steigender Hast kleidete er sich an und stürzte dann ungewaschen, unfrisirt, ungefrisirt zum Lehrter Bahnhof. Der Westender Zug ging ihm vor der Nase weg. Da die Zwischzüge nur bis zum zoologischen Garten, nicht bis Charlottenburg laufen, so mußte er zwanzig Minuten warten. Eine Ewigkeit für einen Menschen, der Flügel haben möchte, um ein mögliches fürchterliches Unglück zu verhindern.

Endlich kam der richtige Zug. Der Musikdirektor bestieg eiligt den nächsten Wagen dritter Klasse. Der Abtheil war voller Arbeiter. Die Morgenzigarren dufteten unbarmherzig, die Schnapsflasche ging herum und so langsam kroch die Maschine dahin, als hätte sie auch noch nicht ausgefahren.

Station Charlottenburg! Der alte Herr stieg aus der Thür auf den Bahnsteig hinab, als hätte man ihn gewaltsam hinausbesördert. Er nahm drei Stufen auf einmal die Treppe hinab. Die Sonne stand schon hoch und brannte so heiß, wie die Zimföhne um sieben Uhr früh mir irgend brennen kann. Und der Musikdirektor keuchte halb trabend unten am Bahnsteig entlang und hatte sich den Hut vom Kopfe gerissen.

Da lag das einfache Gasthaus — da lag der kleine Liegensee in seinem äppig grünenden Ufer. Der Musikdirektor sprang durch das feuchte Gras an seinem Ufer entlang. Da draußen auf dem Feldweg hielt ein geschlossener Wagen und dort, wo die Birken so dicht vor den Fichten standen, dort würden die Herren sein. Er war kaum fünfzig Schritte von der Stelle entfernt — da — ein Knall! Oder waren es zwei Schüsse gewesen, fast gleichzeitig? Ein Schwarm Spatzen flog laut piepend und zwitschernd aus den Birken auf — unmittelbar vor den Füßen des Musik-

direktors hüpfte ein erschrockener Frosch in's Wasser. Dann war Alles still.

Der alte Diedrichsen holte dreimal tief Athem und stolperte vorwärts. In zwei Minuten war er auf dem Kampfplatze.

Da lag der Amerikaner lang ausgestreckt auf dem Rücken, sein rothes Blut rann aus seiner Brust in den Sand. Der Major und ein fremder junger Mann knieten neben ihm. Der Prinz hielt Bodo am rechten Arm fest. Mit der linken Hand fuhr sich der Leutnant durch das unbedeckte Haupthaar und stöhnte dabei verzweiflungsvoll: „Doktor, wie steht's? Es kann nicht das Herz sein, es kann nicht... ich habe nach dem rechten Oberarm gehalten... ganz nach rechts... ganz nach rechts!“

Und der Arzt erhob den Kopf ein wenig. „Ich kann nichts sehen. Die Wunde blutet zu sehr. Ich fürchte, er wird nicht zu retten sein!“

Bodo jammerte laut auf: „Das habe ich nicht gewollt... das nicht! Ich habe ganz rechts gehalten... ganz rechts... die Hand zitterte mir wohl... ich habe so wenig geschlafen... o mein Gott, mein Gott!“

„Meine Herren, wir sind nicht allein!“ rief Prinz Fühlingen, den Musikdirektor zuerst bemerkend.

Der alte Herr schloß die Augen. „Ach! Du Grundgütiger, so ein Unglück, so ein Unglück! Wäre ich bloß zehn Minuten früher gekommen, das Duell hätte gewiß nicht stattgefunden!“

„Wie hätten Sie es denn verhindern wollen?“ warf der alte Witz etwas geringschätzig hin.

„Ich hätte dem Herrn einfach verrathen, daß Baroness Asta ihn liebt — zum Tollwerden liebt! Dann würde er sich wohl gehütet haben, sich vom Bruder todtschießen zu lassen!“

„Asta soll Herrn von Eckardt...?“ rief Bodo mit unstill rollenden Augen.

„Sowohl, Sie haben Ihrer armen Schwester den Geliebten gemordet, in Ihrem dummen, miserablen, gottverdammten

als Kost die sogenannte vierte Form, d. h. dreimal
Alter Wasseruppe und 100 Gramm Zwieback täglich
erhalten. Bei dieser Kost sei der Mann naturgemäß sehr
heruntergekommen. Kurze Zeit, nachdem er wieder einmal
aus dem Lazareth entlassen und sofort in eine Arrestzelle
gebracht worden sei, habe er eines Morgens in derselben
tödt gelegen. Einige Aufseher hätten noch geäußert, daß
sie ihm Tags zuvor noch einen ordentlichen Liebes-
dienst erwiesen hätten. Ein Gefangener habe darauf
sogleich zu einem Aufseher gesagt: „Den Klau habe
Ihr doch richtig verhungern lassen.“
Darauf erfolgte gegen Kamin Strafantrag wegen Ver-
leibigung des Strafanstaltsdirektors. Vor Gericht erklärte
der Sachverständige Kreisphysikus Krenshler,
daß der Strafgefangene Klau, weil er allerdand Un-
flätereien begangen, einen Arreststrafe erhalten habe, d. h.
einen Nuzug, bei dem Schuhe, Bekleidungs- und Tadel
aus einem Stück bestehen und der auf dem Rücken
zusammengeschmürt gewesen, vielleicht hätten sich die
Wänder durchgeschneuert. Am andern Morgen hätte der
Gefangene in der Zelle neben seinem
Lager vollständig nackt als Leiche ge-
legen. Er, der Sachverständige, habe seiner Zeit die
Todesursache auf die Einwirkung der
Kälte zurückgeführt und es nicht als angegeschlossen
erklärt, daß die verabreichte geringe Nahrung
eine solche Einwirkung der Kälte ermöglicht
habe. Kamin wurde noch dem Antrag des Anstalts
freigesprochen, und zwar weil er „unter dem
Einfluß von Wahnvorstellungen“ gehandelt habe. —
Mit dieser Freisprechung dürfte die Ungleichheit noch
nicht erledigt sein. Nebenfalls wird sie im Reichstage
zur Sprache gebracht werden.

Aus Holz und Fern.

Kleine Chronik. Affordarbeit — Mordarbeit!
Sonabend Abend stürzte in Halessee bei Berlin bei einem
Neubau des Treppenhauses zusammen und tödtete vier Man-
ner, darunter den Kolter, den Vater des Bauunternehmers; ein
Klompner, der ebenfalls schwer verletzt wurde, starb auf dem Wege
zum Krankenhaus. Die Verunglückten sind sämtlich Familien-
väter. Der Kolter trug die Wochenlohnung für die Bauarbeiter
in der Tasche, während das Unglück geschah. Keiner der letzteren
hat daher seinen Arbeitslohn ausgezahlt erhalten, da hieran in der
allgemeinen Verwirrung nicht zu denken war. Der Mann wurde
von der Polizei gesperrt. Eine behördliche Kommission hat ihn im
Laufe des Sonntags untersucht, um die Ursache des Unfalls fest-
zustellen. Die Vorgeschichte dieses furchtbaren Vorfalles ist werth-
voll genug, um im Reichen des Buchhausestufes dem Unter-
nehmerthum denkwürdig vorgehalten zu werden. Der Unfallbau
wurde von dem Bauunternehmer Walter aus Charlottenburg
aufgeführt. Bereits im Monat Oktober füllten die auf dem Bau
beschäftigten organisierten Arbeiter sich heraus, wegen der über-
mäßig hohen Lohnzahlung ihrer Arbeitskraft und der
zweifelhaften Qualität der Leistungen, die dadurch bedingt wurden,
beim Unternehmer Beschwerde einzulegen. Statt nun den wohlge-
meinten Rathschlägen der Mauer Schärfe zu geben, provozierte der
Unternehmer sie durch allerdand Ungehörigkeiten, die schließlich in
die Maßregelung der Baudeputierten ausmündeten und
damit die Niederlegung der Arbeit seitens der organi-
sierten Arbeiter zur Folge hatten. Der Unternehmer Walter
war in seiner Art geschickt und wählte, was er nun zu
thun hatte. Er holte sich sofort von der „arbeits-
willigen“ Organisation der Affordarbeiter, die
von der Baugewerksinnung als „Streikbrecher-Organisation“
protigirt wird, neue Arbeiterkräfte, die mit Todesverachtung den
Bau in die Höhe brachten. Es dauerte nicht lange, bis kleinere
Unfälle eintraten; so stürzten sich zweimal aus der Front des Treppen-
hauses die Fensterrahmen. Die seitigen Affordarbeiter achteten aber
nicht hierauf auf einen ordentlichen Bau unumgänglichen Kleinigkeiten
und schusterten unbekümmert weiter zur nicht geringen Verleibigung
des Bauunternehmers, der nun in der glücklichen Lage war, den
Bau ohne jegliche Kontrolle der Arbeiter weiter
aufführen zu können. Nicht oft genug konnte der Herr sich rühmen,

„Neberrnuth!“ brannte der kleine Herr in hellem Zorn auf.
Und da trat auch schon von der anderen Seite der
Major auf Bobo zu und raunte ihm ingrimmig in's Ohr:
„Ja, und Du hast noch weit mehr gethan, mein Jungchen!
Da hast den Mann niedergeschossen, mit dessen Gelde Du
Dir lustige Tage gemacht hattest — dem Herr von Eckardt
war's, der Deine Wechsel in meinem Namen aufkaufte und
dem die dreißigttausend Mark rechtmäßig zuzamen, von denen
Du Deine Schulden bezahlen wolltest! Rudolf von Eckardt
ist der Sohn des Mannes, den der Leichnam Deines Vaters
nun das Seine gebracht und in den Tod getrieben hat; und
nun bist Du es, der...“

„Das ist furchtbar — das ist mehr, als ein Mensch er-
tragen kann!“ rief Bobo auf. „Führingen, wenn Sie mein
Freund sind, geben Sie mir das Pistol wieder! O, mein
Gott! Mein Gott! Warum habt Ihr mir das nicht früher
gesagt!“

„Mir war die Zunge gebunden“, knirschte der Major.
„Ich glaube, Deine Mutter hätte Dir gestern noch ge-
schrieben, als sie Dich nicht zu Hause traf. Sie hatte es
mir versprochen.“

„Es lag ein Brief auf meinem Tische, ja, jetzt besinne
ich mich — ich war gestern Nacht nicht mehr im Stände,
ihn zu lesen!“

Der Arzt erhob wieder den Kopf. „Die Blutung scheint
aufzuhören. Er athmet noch schwach. Wo bringen wir
ihn hin?“

„Er wohnt Privat, er würde keine Pflege haben“,
überlegte laut der Major. „Ihn in ein Krankenhaus
bringen, hieße die Sache an die große Glocke hängen.“

Da rief ohne längeres Besinnen der Musikdirektor:
„Bringen Sie ihn zu mir, meine Herren. Ich bin mit an
diesem Unheil Schuld; was in Menschenmöglichkeit steht, ihn
zu retten, das soll ihm in meinem Hause werden. Meine
Schwiegertochter...“

Der alte Muz ergriff fest die Rechte Diedrichsen's. Sein
Auge leuchtete in rascher Hoffnung auf und er flüsterte ihm
zu: „Den Gedanken hat Ihnen der liebe Gott selber ein-
gegeben!“

Und mit äußerster Vorsicht hoben sie den Bewußtlosen
in die Kutsche des Prinzen. —

daß ihm nun sein Baun einig tausend Mark billiger
käme. Die vortheilhafte Situation wurde selbstverständlich mit
dem größten Raffinement ausgenutzt; wie leichtfertig gebaut wurde,
erhellte daraus, daß das Treppenhause nicht einmal die er-
forderliche Verankerung erhielt. Daß ein so frechthafes Spiel
mit Menschenleben nicht gut gehen konnte, mußte sich jeder Fach-
mann sagen; nur die Affordarbeiter waren und blieben fromm
und taaketen ihrer Wohlergehenheit gemäß die Autorität des Unter-
nehmers auch in diesem Falle nicht im Verlogen an. Es waren
eben Leute, ganz wie die Herren Fesslich und Stamm sie sich
wünschten. Das Unglück traf erst ein, als der Bau bereits ge-
wunden war. Ein unheimliches Krachen, ein Donnerknall und das
Furchtbare war geschehen — Geborrene Ordnungskräfte.
Wegen Verbrechen gegen § 177 des Strafgesetzbuches (Nacht)
wurde der Gutsherr und Gemeindevorstand F. A.
Wildenhayn als Thäterin vom Schwurgericht in Leipzig
unter Ausschluß mitberender Umstände und unter Anrechnung von
6 Monaten der Untersuchungshaft zu 2 Jahren 6 Monaten
Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurtheilt.
Die Polizei als Unfallursache. Am Montag Nachmittag
in voriger Woche ereignete sich auf einem industriellen Werke in Dor-
tmund beschäftigter Arbeiter H. eine polizeiliche Verleibigung ge-
schick, wozu er sich an anderen Tagen zur Vernehmung zu stellen
hätte. Der Mann, welcher auf einer Leiter stand, als ihm die
Verleibigung verhängt werden sollte, wurde hierdurch so erregt,
daß er plötzlich rückwärts über die Leiter hinweg sprang. Im
Krankenhaus wurde ein Schädelbruch konstatiert. — Der seltsame
Fall, daß ein Polizeibeamter zum Bürgermeister ge-
wählt wird, hat sich in Kütchen (Hessen) zugefallen. Bei
der dieser Tage stattgefundenen Bürgermeisterversammlung wurde der Polizei-
diener Bieroth mit 209 Stimmen zum Vorkandidaten gewählt.
Zwei weitere Kandidaten, welche von sattholischer Seite aufgestellt
waren, beide sehr angelegene Landwirthe, blieben mit 147 resp.
71 Stimmen in der Minorität. — Im Streit hat zu Kaiser-
lautern der Lokomotivführer Jörg am Freitag seine nahezu
achtzigjährige Großmutter erschlagen und sich dann der
Polizei gestellt. — In einer Dampfzuckerfabrik in Stuttgart fand
Sonabend Vormittag unter furchtbaren Detonation eine große
Dampfkefexplosion statt. Durch die Gewalt der-
selben wurden die Zimmer des Kesselhauses über fünf-
dreißig Meter nach allen Richtungen hingeschleudert. In
den Nachbargewänden der Dampfzuckerfabrik sind die Wände zer-
trümmert und zahlreiche Fensterscheiben zerplittert. Bei dem Unglück
sind der Hülfsheizer und der Tod. Mehrere Personen
wurden theils schwer, theils leicht verletzt. Ein Stein, welcher
in einer Entfernung von 30 Metern in das offene Fenster eines Hauses
geschleudert wurde, brachte einen im Zimmer befindlichen Frau
Verleibigung bei. Die Explosionskräfte gleich einem Erdbeben.
Der Oberbuchhalter der Sparkasse zu Kleinzeile
in Ungarn, Karl Riedl, der seit Jahren falsche Bilanzen machte,
ist verhaftet worden. Auf Grund von Enthüllungen durch
seinen weiteren Verhaftungen bevor. Der Fehlbetrag soll bereits
800000 Gulden betragen. — In Paris erschien ein junger
Mittels von der chinesischen Gesellschaft im Ver-
folgungswahnsinn den ersten Sekretär der Briantellschaft, Dienhang,
und hirscht sich selbst. — Frau Ida Freiligrath, geb.
Mielos, ist in London am vorletzten Montag nach dreimonatlichem
Krankentage in ihrem 82. Lebensjahre gestorben. Die jetzt
Verlebene hat ihren Gatten, den 1876 verstorbenen Dichter
Ferdinand Freiligrath, um fast 23 Jahre überlebt. —
In New York herrscht noch immer eine ungesunde Kälte.
Viele Menschen erkranken. — Auf dem Erzelektrolyse in der
Dampfer „Stagg“ verbrannt. Zwanzig Per-
sonen sind in den Kammern umgekommen. Der drei-
tägige überfüllte Passagierdampfer „Fürst Bismarck“ ist am
Sonabend in New York angekommen. Auf der Fahrt
hatte er ein schweres Unwetter zu bestehen. Ein Matrose
wurde über Bord geworfen und ertrank.

Auch eine Stütze der heutigen Gesellschaft. Der
Auktionsleiter des ostpreussischen Amtsgerichts Coblenz
hatte gegen den Kauptklienten Martischak mit dem
Antrage geklagt, ihm die Verleibigung fremder Nachbargewen-
den zu untersagen, weil B. eine unzuverlässige
Person sei. Diktens schloß der Kläger aus den Ver-
haftungen des Beklagten. Martischak war unter anderem
wegen gemeiner Vergehen (Weineid) mit drei
Jahren Zuchthaus bestraft worden. Der Kreis-
ausschuß in Tilsit untersagte es denn auch dem Manne,
seinen Gewerbebetrieb als Schriftkauptklient weiter auszu-
üben und der Bezirksausschuß wies die hiergegen einge-
legte Verleibigung zurück. Seine gegen die Abweisung ein-

Am selben Morgen, es mochte schon gegen zehn Uhr
sein, wühlte Adriane immer noch planlos in ihren sieben
Sachen umher, warf hier etwas unordentlich in einen Koffer,
riß dort ein Stück wieder heraus, um es anderswo unterzu-
bringen. Es war nicht daran zu denken, daß sie mit ihrer
Packerlei rechtzeitig fertig werde, um den Hamburger Kurier-
zug zu erreichen.

Mühselos irrte sie in ihren beiden Zimmern umher, sah
nach der Uhr, horchte nach dem Korridor hinaus, packte
wieder weiter, oder mußte sich angstvoll sitzend auf das
Sopha werfen, um das immer wieder auftretende Herzklopfen
zu überwinden. Was lag daran, ob sie heute reiste. Rudolf's
Begleitung konnte sie nach der niederschmetternden Entdeckung
von gestern Abend aber doch nicht mehr annehmen. Wie
unfähig grausam war sie wiederum betrogen worden! Sie
krümmte sich noch unter der Wucht des Schlags, da ihr
tückisches Schicksal gegen sie geschickte. O, über die hochfliegenden
Pläne, die stolzen Ideale ihrer Jugend! Nicht waren sie,
wie es das gewöhnliche Menschenleben ist, als prächtig schil-
lernde Seifenblasen vor ihren lachenden Augen formlos in
nichts zerfallen, nein, wie die stolzen Rosen hatten sie schon
das Kind zugleich beraubt und verwundet mit den Stacheln
des Ehrgeizes, der brennenden Sehnsucht nach dem Ange-
nehmen.

Und als sie aus dem kurzen Traume sich wachen
Mädchenthumes erwacht war, da krochen aus den Rosenhecken
giftige Schlangen und Skorpione hervor, daß die Angst sie
von Ort zu Ort, von Land zu Land hegte. Wie mußte sie
lernen, sich zu bescheiden! Und wie glücklich, zum erstenmal
im Leben ganz glücklich fühlte sie sich, als sie sich geliebt
glaubte von diesem ehrlichen, starken Manne. Er war gut,
er war rein, klar im Geist, warm im Herzen — und die
stolze Adriane Grigorescu düsterte einzig nach dem Triumph
der Schwäche, nach seliger Hingabe! Und auch er hatte
sie betrogen!

Seine guten, ehrlichen Augen hatten ihr Herz in
Sonnenschein gebadet, mit warmem Regen getränkt, bis es
bunte Liebesblumen in üppiger Fülle sprießen ließ — und
da hatte er kalt den Rücken gekehrt und gleichgültig gesagt:
„Was soll ich mit den Blumen?“
(Fortsetzung folgt).

gelegte Revision begründete der Beklagte wie folgt: Er
habe stets treu zu König und Vaterland
gestanden, und er bedaure seine Verleibigung. Bei den
letzten Reichstagswahlen habe er eifrig
für die konservative Partei agitirt und
sich die größte Mühe gegeben, für ihren
Kandidaten Stimmen zu werben. Wenn er
den Prozeß verlieren würde, müßte er dieser Partei seine
Kraft entziehen. Das Ober-Verwaltungsgericht (dritter
Senat) kam nach längerer Berathung noch nicht zu einer
Entscheidung. Das Urtheil soll den Parteien schriftlich
zugestellt werden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Ein
Gürtner B. aus Gröningen hatte sich vor der Strafkammer
in Kassel kürzlich wegen Majestätsbeleidigung zu ver-
antworten. Der noch im jugendlichen Alter stehende An-
geklagte hatte mit Anderen ein Gespräch über die Kaiserpaar-
reise des Kaiserpaars geführt, als er sich im Herbst v. J.
in Kassel in Stellung befand und dabei unehrerbietige
Aussagen gethan, die vom Gerichtshof als eine
Majestätsbeleidigung aufgefaßt wurden. In Anbetracht
der großen Jugend des Angeklagten ließ es der Gerichts-
hof bei dem gesetzlichen Strafmaß von zwei
Monaten Gefängniß bewenden. — Ebenfalls
wegen Majestätsbeleidigung wurde in einer früheren
Sitzung derselben Strafkammer ein Maschinist zu drei
Monaten Gefängniß verurtheilt. Derselbe hatte
im vorigen Sommer, als das Kaiserpaar auf Wilhelmshö-
he reiste, auf die Anfrage, woran man erkennen könne,
ob das Kaiserpaar persönlich im Schlosse anwesend sei,
eine alberne Bemerkung gemacht, die vom Gerichtshof
als eine Beleidigung des Kaisers angesehen wurde. — Ein
Tagelöhner in Mainz hat sich selbst benutzet und
der Polizei angezeigt, daß er schwere Beleidigungen auf
den deutschen Kaiser und den Großherzog von Hessen
ausgesprochen habe. Der Selbstbenutzte wurde in Haft
genommen.

Chronik der Gewaltthätigkeiten. (Vergleiche zum
Dresdener Zuchthaus-Prozeß.) Ein Gläubiger ohne
seinen Schuldner, der ihn durch leere Versprechungen ge-
reizt hatte, dann wirft er ihn auf das Bett, läßt sich
von seiner Frau einen Stock reichen und prügelt damit
den Schuldner vermaßen, daß er am ganzen Körper
blutet. Zuletzt reißt er ihm noch sämtliche Kleider in
Fetzen vom Leibe, so daß er sich nackt noch seinem
Quartier begeben muß. Die vollständig mit Blut durch-
tränkten Fragmente seines Anzuges wurden dem Gerichts-
hofe präsentiert, der dadurch ein Bild davon erhielt, wie
gräulich die Abrechnung zwischen Gläubiger und
Schuldner gewesen. Die erste Strafkammer des Land-
gerichts II Berlin verurtheilte ihn dieser Tage zu sieben
Wochen Gefängniß. — Aus Göttingen wird
folgende gebildete Raffinesse berichtet: Ein
Student ließ einen anderen Studenten durch den Keller-
kellner zu sich rufen und schlug ihn dann mit einer
Hundepetische ins Gesicht. Der Angegriffene antwortete
mit Ohrfeigen und Faustschlägen. Nun folgte im Gegen-
wart der übrigen Gäste eine regelrechte Kellerei, die erst
ihre Ende erreichte, als mehrere Gäste die streitbaren
Menschen trennten. — Als Pendant zu diesem Stück-
chen bringen Göttinger Zeitungen noch folgende Notiz
Sachsen da in einem anderen Caffee mehrere Studenten
und zwei junge Kaufleute und fingen an, sich gegenseitig
„anzurempeln“. Einem der Kaufleute folgte, als er das
Lokal verließ, ein ausländischer Student. Vom Wort
Wechsel kam es vor der Thür zu Thätlichkeiten. Die
übrigen Studenten wurden herbeigerufen und traktirten
die jungen Kaufleute mit Schlägen, bis einer von diesen
besinnungslos niederstürzte. Wie viel Jahre
Zuchthaus wird es wegen „versuchten Todeschlags“ geben?
— Aus Preuzlan wird der „Berl. Bzg.“ geschrieben
Wegen Verleibigung am Aufrehr, Wider-
standes gegen die Staatsgewalt, sowie versuchter Ge-
fangenenbefreiung, Verleibigung groben Unfugs und Er-
regung unbesonnenen Lärmes hatte sich vor dem hiesigen
Schwurgericht der aus der Untersuchungshaft vor-
geführte Arbeiter Friedrich Stuyke aus Bychen zu ver-
antworten. Die Sache hatte bereits die Strafkammer
beschickigt, doch hatte sich diese für unzuständig erklärt.
Stuyke war mit vielen anderen Arbeitern beim Waschen
in Lycheu beschäftigt. Am 10. Oktober v. J. zog ein
kleiner Trupp dieser Leute singend und lärmend durch die
Straßen der Stadt. Einige trugen rothe Fahnen, wäh-
rend Stuyke eine blaue Fahne trug. Auch wurden die
Aufe: „Hoch lebe die Sozialdemokratie!“ und „Hoch leb
die Anarchie!“ bei dem Unzuge ausgesprochen. Bald hatt
sich eine größere Menschenmenge angeammelt. Der
Polizeidiener Stiener forderte die Menge auf, ausein-
ander zu gehen und die Fahnen zu entfernen; diese
Aufforderung wurde aber nicht Folge gegeben. Der
Polizeibeamte erklärte darauf den Arbeiter Biekle, der
eine rothe Fahne trug, für verhaftet. Nun versucht
Stuyke den Verhafteten zu befreien, schlug mit den
Fahnenstock auf den Polizisten ein, der mit der blanken
Waffe die Schläge abwehrte und nunmehr auch Stuyke
verhaftete. Stuyke leistete hierbei dem Beamten den
heftigsten Widerstand. Die Geschworenen bejahten die
Schuldfragen unter Zuhilfenahme mitberender Umstände.
Das Urtheil lautete auf ein Jahr und vier
Monate Gefängniß und zwei Wochen
Haft. — Man vergleiche damit das Lüdtawe
Urtheil!